

Zentrale Arbeitsgruppe zur Versorgung psychisch kranker und suchtkranker Menschen in der Stadtgemeinde Bremen

Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie

Sitzung am 07.12.2011

Protokoll

Tagesordnung

1. PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 07.09.2011	1
2. LANDESPSYCHIATRIEPLAN	1
3. AUSWÄRTIGE UNTERBRINGUNGEN	2
4. GENDERLEITLINIEN	3
5. BESCHWERDESTELLE	4
6. VERSCHIEDENES	4

Teilnehmer/innen

Detlef Tintelott (LV Psychiatrieerfahrener) Bernd Knies (Initiative...), Gerd Möhlenkamp (Gesundheitsamt Bremen), Gabriele Nawroth-Stier (Gesundheitsamt Steuerungsstelle), Jürgen Rohde (Sozialwerk der Freien Christengemeinde), Wolfgang Rust (Arbeiter-Samariter-Bund), Alexander Bohn (AMEOS-Klinik Dr. Heines), Heidi Mergner (Initiative...), Helmut Thiede (Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste Gapsy), Tina Macholdt (Bremer Werkgemeinschaft), Bernd Höppner (Innere Mission), Beate Schwarz (AWO Integra), Gabi Ravenborg (Innere Mission), Hans-Heinrich Lühr (Gesundheitsamt Steuerungsstelle), Siegfried Ueberschär (BHZ Süd)

1. Protokoll der Sitzung vom 07.09.2011

Verabschiedet.

2. Landespsychiatrieplan

Die drei zunächst vorgesehenen Arbeitsgruppen sind inzwischen terminiert.

In der Erörterung der Konsequenzen für die fachöffentliche Kommunikation wurden unterschiedliche Erwartungen geäußert.

Herr Möhlenkamp plädiert dafür, nach der Konstituierung weniger auf langfristige Planungsszenarien zu setzen, sondern sich änderungsbereiten Institutionen und Personen auf wenige konkrete Projekte zu verständigen.

Einigkeit darin, dass eine Doppelstruktur in dem Sinne vermieden werden sollte, dass die Fachgremien unabhängig von der temporären Gremienstruktur zur Abarbeitung des Landespsychiatrieplans (LPP) arbeiten.

Somit ist es notwendig, dass die bestehenden Fachgremien zeitnah die Protokolle beziehungsweise Zwischenergebnisse der LPP-Arbeitsgremien erhalten, um hierauf reagieren zu können.

Ein Ergebnis der nächsten Monate müsse es sein, dass die Kommunikationsstrukturen transparenter werden zu lassen.

Die Landesarbeitsgemeinschaftsträger sehen als Inhalt der Arbeitsgruppen nicht nur, Steuerung und Integration zu verbessern, sondern für Teilaspekte (zum Beispiel sozialräumliche Integration, Regionalbudgets, starker Abbau vollstationärer Klinikbetten) klare Zielvorgaben zu entwickeln.

Der Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie wird auf seiner ersten Sitzung 2012 die bis dahin vorliegenden Informationen aus den LPP-Arbeitsgruppen bewerten und dann entscheiden, ob er weiterhin in der üblichen Sitzungsfrequenz tagt oder gegebenenfalls andere Arbeitsformen findet.

3. Auswärtige Unterbringungen

Die Vertreter/innen der Steuerungsstelle fassen noch einmal die Ergebnisse ihrer Analyse zusammen.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es darüber, wieweit jeweils bei Auswärtsunterbringungen gründlich Alternativen in Bremen geprüft wurden. Spätestens beim Wechsel von außerhalb stationär untergebrachten Menschen in das dortige Betreute Wohnen endet nach Einschätzung der Bremer Träger die Kontrolle und Qualitätssicherung durch den Bremer Kostenträger.

Bemängelt wird auch, dass die auswärtigen Einrichtungen konzeptionell und hinsichtlich ihrer Vereinbarungen mit den auswärtigen Sozialhilfeträgern völlig unabhängig von Bremer Konzepten und Vereinbarungen agieren.

Herr Löhr berichtet von seiner vor einigen Monaten erfolgten Inaugenscheinnahme der auswärtigen Einrichtungen, in denen relativ viele psychisch kranke Bremerinnen und Bremer leben:

Wahrendorff präsentiert sich als ständig wachsende eigene Gemeinde mit einem vielfältigen Betreuungsangebot, unter anderem einer geschlossenen Unterbringung. Durch räumliche Integration geschlossener und nicht geschlossener Bereiche ist ein Wechsel möglich. Das tagesstrukturierende Angebot hat vielfach eigentlich Werkstattcharakter, wird aber vom Träger, wohl auch aus Kostengründen, als Tagesförderstätte vorgehalten. Es gebe auch Bemühungen, Bewohner aus der Einrichtung zu entlassen und an anderer Stelle ambulant zu betreuen.

Westflügel

Die Syker Einrichtung wird von Herrn Löhr als in mancher Hinsicht „einzigartig“ wahrgenommen, geprägt von der Einrichtungsleiterin. Hier würden eindeutig viele Menschen betreut, die in Bremen langjährig bekannt und oft „gescheitert“ waren.

Herr Ueberschär untermauert diese positive Bewertung: Ihm bekannte Bewohner hätten in der Folge der dortigen Betreuung niedrigeren Bedarf an Medikamenten und stationärer Behandlung.

Hervorzuheben sei auch, dass durch die Arbeitsangebote über die Einrichtung hinaus an die Öffentlichkeit gegangen werde.

Maribondo da Floresta

Auch hier spielt die Prägung durch den Gründer und Motor eine große Rolle. Im Vordergrund stehe hier Arbeit, über die sich die weitere Betreuung eher beiläufig ergebe. Der Träger hat viele Arbeitsangebote im Landkreis Osterholz, aber auch in Bremen.

Westerwarp

In dieser Einrichtung in der Nähe von Nienburg und Bruchhausen-Vilsen spielen Hilfebedarfsgruppen keine Rolle. Hier leben erkennbar Menschen mit langjährigem Verlauf und nur geringen Entwicklungsperspektiven.

Freistatt/Bethel-Nord

Das dortige Angebot wird zurzeit radikal umgebaut – weg von der großen zentralen Einrichtung zu stärker regionaler Orientierung. Zum Angebot gehört eine große Werkstatt.

Eine Erkenntnis aus den Eindrücken kann nach Auffassung von Herrn Möhlenkamp sein, dass die auswärtigen Einrichtungen mehr Entwicklungsspielraum haben, während in Bremen über viele Jahre mühsam alles kleinteilig reguliert werden sollte.

Die Bremer Träger weisen darauf hin, dass sie zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in den vergangenen Jahren große Anstrengungen übernommen hätten. Die Konsequenz, dem auch durch einen eigenen Leistungstyp (vergleich Niedersachsen) Rechnung zu tragen, wolle der Kostenträger in Bremen bisher nicht ziehen. Die Träger sehen sich in der Darstellung von Herrn Löhr und Herrn Uberschär darin bestätigt, dass in Bremen die vielfältigen niedrigschwelligen Angebote, auch im Kontext der Wohnheime, nicht ausreichend bekannt seien.

Die im Papier der Steuerungsstelle und im Ergebnisprotokoll der kleinen Arbeitsgruppe bei der senatorischen Behörde stehende Empfehlung, die vorhandenen Angebote in Bremen flexibler zu gestalten und somit auf die Einrichtung einer stationären Wohneinrichtung zu verzichten wird von Herrn Uberschär nicht geteilt. Er sieht Bedarf an einer stationären Einrichtung.

Die Landesarbeitsgemeinschaftsträger tragen die Empfehlung weisen aber darauf hin, dass die lange geforderte Regelung für die Übernahme wohnungsbezogener Kosten sowie eine maßvolle Anwendung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes Voraussetzungen für eine weitere Ambulantisierung seien.

4. Genderleitlinien

Frau Mergner berichtet über die bisherigen Aktivitäten nach Veröffentlichung der Genderleitlinien:

Vor einer intensiveren und verbindlicheren Befassung mit der Umsetzung bei den einzelnen Institutionen soll durch eine Veranstaltung im Mai 2012 durch die Präsentation der Leitlinien, Impulsreferate und Best-Practice-Beispiele die Akzeptanz vorbereitet werden. Hier sei die Sichtweise psychiatriererfahrener Menschen besonders gefragt. Dabei sollte dann auch ein neuer Fragebogen zur Erhebung der bisherigen Umsetzung vorgestellt werden.

Die Übernahme der Leitlinien für Bremerhaven wäre wünschenswert. Herr Dr. Gonther wird sich darum bemühen.

Zur Mitarbeit in der Gender-Arbeitsgruppe besteht weiterhin die Möglichkeit. Der nächste Termin ist am 20. Januar um 13:30 Uhr bei der Initiative.

Kurz informiert wird über den Fortgang der Initiative von Trägermitarbeiterinnen für das Projekt Frauenraum: Anregung der Träger war, verstärkt Kontakt zu nicht-psychiatrischen

frauenspezifischen Angebote aufzunehmen, um Kooperationsmöglichkeiten herauszufinden. Außerdem könnte darüber nachgedacht werden, die für bereits betreute Frauen zur Verfügung stehenden Zeitressourcen projektbezogen zu bündeln, so dass eine „Basisfinanzierung“ bereits vorhanden ist.

Der Arbeitskreis Psychiatrie der Landesarbeitsgemeinschaft wird sich auf der nächsten Sitzung nochmals mit dem Thema beschäftigen.

5. Beschwerdestelle

Frau Nawroth und Herr Möhlenkamp berichten über einen aus ihrer Sicht hilfreichen Ansatz, bei dem Psychiatrieerfahrene als Anlaufstelle für Rückmeldungen von Patienten/Betreuten zuständig sind, wobei der eher hochschwellige Ansatz über die Besuchskommission vermieden wird.

Die Initiative besetzt zurzeit eine Fürsprecherstelle neu, ist aber offen für Lösungen, die trägerübergreifend und in dem Sinne neutraler angelegt sind.

Thema der nächsten Sitzung des Fachausschusses.

6. Verschiedenes

Barrierefreie Dokumente

Herr Löhr weist nochmals darauf hin, dass die Steuerungsstelle gegen Protokolle und andere Dokumente auf der Internetseite des Gesundheitsamtes veröffentlicht, das aber nur darf, wenn die Regeln der Barrierefreiheit eingehalten werden. Hierzu gehöre auch der Anspruch, die Text so zu formulieren, dass sie nicht nur von professionellen Fachleuten zu verstehen sind („Einfache Sprache“). Er möchte künftig alle Verfasser dahin bringen, sich daran zu halten, weil die Umarbeitungsarbeit von der Steuerungsstelle nicht mehr zu leisten ist.

Berichtswesen

Die Steuerungsstelle bereitet neue Formulare für die Mitteilung von Änderungen vor, aus denen nach Beendigung von Maßnahmen der Verbleib zu dokumentieren ist. Darin solle auch das Vorgehen bzgl. der Abstimmung bei Klinikaufenthalten enthalten sein.

Mitgliedschaft

Das Amt für Soziale Dienste ist für die „Übersetzung“ aller im Zusammenhang mit Hilfsmaßnahmen notwendigen Tätigkeiten in Verfahrensregeln/Weisungen zuständig. Frau Büntemeyer, die hierfür im Amt für Soziale Dienste primär zuständig ist, bittet um Einladung in den Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie. Das soll so geschehen.

Nächste Sitzung:

07.03.2011

Wolfgang Rust/07.12.2011